

# UNSERE WOCHE IM LANDTAG



## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

wir stehen kurz vor der Landtagswahl und doch bestimmt auch diese Woche wieder ein Streit in der Bundespolitik die Schlagzeilen. Man hat sich an die täglichen Ampeldissonanzen zwar längst gewöhnt, aber bei Streit um Kindergrundsicherung gegen Wirtschaftsförderung geht es nicht um eine bloße Sachfrage. Vielmehr prallen hier Welten aufeinander – bezeichnenderweise nicht mal zwischen den Koalitionspartnern, sondern innerhalb der Grünen –, die klarmachen, warum dieses Land nicht nur schlecht regiert wird, sondern sich in dieser Konstellation zunehmend als unregierbar darstellt. Natürlich geht es wie so oft auch um Machtspiele und verletzte Eitelkeiten. Und natürlich ist der- oder diejenige, die sich dem Kampf gegen Kinderarmut verschrieben hat, emotional erstmal im Vorteil. Aber eben nur auf den ersten Blick. Denn die Kinderarmut, die wir

alle bekämpfen wollen, wird ganz von selbst massiv zunehmen, wenn unsere Wirtschaft weiter in die Krise rutscht. Daher ist eine kraftvolle Wirtschaftsförderung die Basis dafür, dass der Sozialstaat am Ende überhaupt etwas zu verteilen hat. Wobei das mit dem Verteilen eh so eine Sache ist: Denn nicht mit aufgestockter Grundsicherung holt der Staat Kinder aus der Armut, sondern indem deren Eltern nicht mehr von Transferleistungen leben, sondern von ihrer eigenen Arbeit. Vereinbarkeit von Kindern und Beruf, Kinderbetreuung, Sprachförderung und Bildung, Bildung sind neben einer starken Wirtschaft die Schlüssel dazu, der Armut zu entkommen. Das muss ein Staat leisten, was er zum Überleben auszahlt, zementiert Armut nur.

Wahrscheinlich wird es bald einen Kompromiss geben – schließlich stehen in zwei Landtagswahlen vor der Tür, da macht sich Streit nicht gut. Das wird aber am grundlegenden Dilemma nichts ändern: Es regieren Menschen zusammen, die erstens unterschiedlichen Ideologien huldigen und sich zweitens bei ihren jeweiligen Karriereplänen im Weg stehen.

Da nehmen sich die wenigen kleinen Kabbeleien in der Bayernkoalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU beinahe putzig aus. Die wenigen, die so kurz vor der Landtagswahl zündeln, haben meist nur Angst, nicht wahrgenommen zu werden... Am großen Unterschied zur Berliner Ampel kann das nichts ändern: Während dort gerauft wird, raufen wir uns zusammen – weil wir nur so unsere Herausforderungen lösen können!

Über meine Herausforderungen der Woche berichte ich Ihnen in diesem Newsletter.

Ich wünsche Ihnen sonnige Sommer-, vielleicht gar Urlaubstage, Ihr

Alexander Hold, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags

## RÜCKSCHAU FRAKTIONSWOCHE

### FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION LEHNT AMPEL-PLÄNE FÜR CANNABIS-LEGALISIERUNG AB Lauterbach gefährdet Gesundheit der Menschen

Es gibt Momente, in denen ich mich frage, ob nicht Olaf Scholz selbst ein paar Cannabis-Pflänzchen auf dem Fenstersims stehen hat – das würde jedenfalls erklären, wie gelassen und oft unbeteiligt wirkend er das Ampelchaos von der Seitenlinie aus verfolgt.

Aber Spaß beiseite: Die Legalisierung einer gefährlichen Droge wie Cannabis halte ich für den absolut falschen Weg. Denn insbesondere bei jungen Menschen bis 25 Jahren ist sich die Wissenschaft weitgehend einig, dass der Cannabis-Wirkstoff THC die Entwicklung des Gehirns massiv und unumkehrbar beeinträchtigt und für eine Häufung von Psychosen verantwortlich ist. Unumkehrbar werden daher auch die Folgen für die Gesundheit Deutschlands sein, wenn der Gesetzentwurf tatsächlich umgesetzt wird. Bundesgesundheitsminister Lauterbach sollte aber die Gesundheit der Menschen am Herzen liegen – durch eine solch folgenreiche Gesetzesänderung gefährdet er sie. **So wird nicht Kriminalität bekämpft, sondern dem Kampf gegen Drogenmissbrauch ein Bärendienst erwiesen. Denn Cannabis ist die Einstiegsdroge.** So bereitet die Bundesregierung Organisierte Kriminalität ungewollt einen neuen Absatzmarkt für härtere Drogen. Lesen Sie dazu auch am Ende dieses Newsletters die **»Groteske der Woche«**.



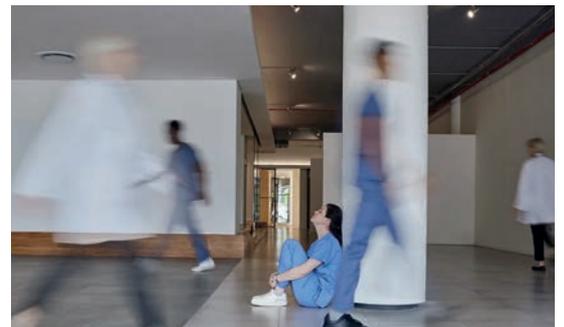
### DEBATTE UM ENTLASTUNG DES BAYERISCHEN GESUNDHEITSWESENS

**FREIE WÄHLER-Fraktion fordert Krankenhausmilliarde**  
**Susann Enders**, gesundheitspolitische Sprecherin der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, zur **Debatte um die Entlastung des bayerischen Gesundheitswesens und eine bessere**

### Finanzierung bayerischer Krankenhäuser:

»Wir FREIE WÄHLER im Landtag unterstützen jeden kreativen Vorstoß zur Entlastung des bayerischen Gesundheitswesens, sofern die Finanzierung vorher sauber durchgerechnet wurde. Das eigentliche Problem steckt in der Krankenhausreform von Bundesgesundheitsminister Lauterbach: Diese bedroht die medizinische Versorgung in Bayern – besonders im ländlichen Raum.

Daher fordern wir die **Krankenhausmilliarde** – ergänzt um eine **aktive bayerische Klinikplanung unter Einbezug aller Leistungsträger** sowie Beteiligten aus dem ambulanten und stationären Bereich und dem Rettungsdienst. **Das Geld muss der Freistaat Bayern bereitstellen.** Erst wenn die hohe Inflation im Gesundheitswesen ausgeglichen wurde und somit die akute Finanznot bayerischer Krankenhäuser behoben worden ist, kann eine Klinikreform greifen – jedenfalls eine, die das Adjektiv ›fair‹ verdient.«



### GASTRONOMIE-MEHRWERTSTEUER: FREIE WÄHLER-FRAKTION FORDERT DAUERHAFT SENKUNG

**Gastronomie und Wirtshäuser als wichtigen Teil bayerischer Kultur erhalten!**

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA hat aktuell eine Petition mit dem Titel **»Keine Steuererhöhung: 7 % Mehrwertsteuer**



**auf Speisen in der Gastronomie müssen bleiben!«** eingereicht. Ich kenne die Sorgen der Allgäuer Betriebe und bringe diese immer wieder in der Fraktion ein. Daher haben die Gastronomen mich und die gesamte FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hier ganz auf ihrer Seite.

Denn nach den großen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie treffen nun die massive Inflation und der Fachkräftemangel die Gastronomie. Um jetzt deutliche Einschnitte und Schließungen zu verhindern, brauchen wir als eine dauerhafte Entlastung der Branche bei der Mehrwertsteuer. **Bereits mit dem Gaststättenmodernisierungsprogramm für Bayern haben wir uns für eine lebendige Wirtshauskultur eingesetzt.** Mit einer dauerhaften Senkung der Mehrwertsteuer werden wir der Tradition gerecht, die mit der Gastronomie und den Wirtshäusern verbunden ist. Sie sind ein wichtiger Teil der bayerischen Kultur.

Die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf sieben Prozent war und ist eine überfällige Maßnahme. Es ist nicht nachvollziehbar, warum zum Beispiel ein abgepackter Salat in einer Plastikschißel beim Discounter mit sieben Prozent besteuert wird, der gleiche Salat im Restaurant mit Bedienung und nachhaltigem Porzellangeschirr hingegen mit 19 Prozent.

Wenn die Mehrwertsteuer jetzt wieder auf 19 Prozent angehoben wird, zeigt dies ganz deutlich die mangelnde Wertschätzung der Gastronomie vonseiten der Politik.

**Gerade der Tourismus im Allgäu muss sich an den europäischen Nachbarländern messen lassen.** Diese haben reduzierte Steuersätze eingeführt und diese bisher nicht zurückgenommen. Wenn die Ampel-Regierung den deutschen Gastronomen zum Jahreswechsel eine Steuererhö-

hung beschert, werden diese mit Wettbewerbsnachteilen zu kämpfen haben. Die Bundesregierung sollte jetzt handeln und eine faire Ausgangslage schaffen. Durch eine Gesetzesinitiative könnten wir unseren Wirten eine bessere Perspektive bieten und sie damit in dieser herausfordernden Zeit unterstützen.

## **»AKTIONSBÜNDNIS LÄNDLICHER RAUM«: FREIE WÄHLER-FRAKTION ZIEHT BILANZ**

### **Streibl: Dem ländlichen Raum eine Stimme geben**

München. Die Verständigung zwischen urbaner und ländlicher Bevölkerung verbessern und für die besonderen Bedürfnisse strukturschwacher Regionen werben – das ist Ziel der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion. **Als Reaktion auf die anhaltende Kritik an Bayerns Landwirten im Zuge des Artenschutz-Volksbegehrens rief sie das »Aktionsbündnis Ländlicher Raum« ins Leben – und zieht jetzt Bilanz.** »Es gibt nicht den einen ländlichen Raum in Bayern, sondern viele ländliche Räume, die vor ganz unterschiedlichen Herausforderungen stehen. Deshalb war unsere Fraktion in der ablaufenden Legislaturperiode in ganz Bayern unterwegs, um sich vor Ort ein Bild zu machen und die anstehenden Aufgaben entschlossen anzupacken«, erklärt der Fraktionsvorsitzende **Florian Streibl**. In Landshut wurde beispielsweise über das Thema »Nachhaltige Mobilität« diskutiert. Hier ging es insbesondere um die **Stärkung des ÖPNV und Radverkehrs.**

Im Landkreis Neumarkt hatten Interessenten Gelegenheit, sich aus erster Hand über Bildung auf dem Land zu informieren – **von der Berufsausbildung über Erwachsenenbildung**

**bis hin zur Mittelschule.** »Gerade bei den Mittelschulen geht es darum, jeden Standort in Bayern zu erhalten und ihnen gemeinsam mit den Sachaufwandsträgern eine Zukunftsperspektive zu eröffnen«, so **Streibl**. Beim Vor-Ort-Termin im Landkreis Kitzingen diskutierten Bürgerinnen und Bürger über **konkrete Maßnahmen zum Grundwassererhalt**. »Fehlender Niederschlag, Starkregenereignisse und Trockenheit machen den Menschen zu schaffen. Deshalb wollen wir das Wassermanagement in Unterfranken auf neue Beine stellen«, betont der Landtagsabgeordnete. Beim Treffen in Garmisch-Partenkirchen ging es unter anderem um die Frage, wie der Tourismus noch besser von der Digitalisierung profitieren kann. »Insbesondere im Bereich der Besucherlenkung wollen wir die **Chancen der Digitalisierung künftig noch besser nutzen**. Die als Datendrehzscheibe konzipierte ›BayernCloud‹ soll dann einen noch einfacheren und schnelleren Informationsaustausch ermöglichen«, erklärt **Streibl**.

Auch dem Wunsch vieler Menschen, im gewohnten Lebensumfeld alt zu werden, kam die FREIE WÄHLER-Fraktion im Rahmen des »Aktionsbündnis Ländlicher Raum« nach. »Unser langfristiges Ziel ist, die erforderlichen Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen – sowohl in der Stadt als auch auf dem Land. Um dies zu erreichen, haben wir im Zuge der Aktionsoffensive ›Alt werden in der Heimat‹ dafür eingesetzt, **flächendeckende Verbesserungen für den ländlichen Raum im Bereich der Altenhilfe und -pflege zu schaffen**«, so Streibl. Für Freiherr **Hans Carl von Thüngen**, Mitinitiator des Aktionsbündnisses, gilt es in diesem Zusammenhang, auch **pfliegende Angehörige noch besser zu unterstützen**. Er resümiert abschließend: »Bei den Veranstaltungen vor Ort ist es uns gelungen, die aktuellsten Probleme des ländlichen Raums zu benennen und damit



der ländlichen Bevölkerung eine eigene Stimme zu geben.«



## **FREIE WÄHLER-FRAKTION KRITISIERT SCHLEPPENDEN OBERLEITUNGSAUSBAU**

**Ausbauziele werden um Jahre  
verfehlt**

Die Elektrifizierung der Strecke Lindau-Memmingen-München kam nur mit sanftem Druck und Unterstützung der Schweiz voran. **Im Dieselloch Allgäu warten aber noch mehrere Strecken auf ihre Elektrifizierung.** Zwar genießt die Elektrifizierung auf der Strecke Ulm-Kempten im Bundesverkehrswegeplan höchste Priorität. Ich kämpfe aber seit längerem dafür, dass die Elektrifizierung bis Oberstdorf fortgeführt werden muss. Dafür werde ich mich auch in der kommenden Legislaturperiode stark machen. Aktuell hinkt die Bahn allerdings weit hinter ihren eigenen Zielen hinterher.

**Daher spricht mir Manfred Eibl**, verkehrspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, mit seinem Kommentar zum Artikel **»Bahn hängt bei Elektrifizierung hinterher«** auf dem Nachrichtenportal [www.ad-hoc-news.de](http://www.ad-hoc-news.de) aus der Seele:

»13 Kilometer in 2023: Auf dieser verschwindend geringen Strecke errichtet die Deutsche Bahn im laufenden Jahr neue Oberleitungen für ihr Schienennetz. **Wie die Bahn so das Elektrifi-**

**zierungsziel des Bundes von 75 Prozent bis 2030 erreichen will, ist schwer vorstellbar.** Denn dazu wäre ein zusätzlicher Oberleitungsbau auf einer Strecke von rund 4.000 Kilometern erforderlich. **Der schleppende Ausbau ist vor allem deshalb so ärgerlich, weil die Bundesrepublik bereits seit Jahren ihren europäischen Nachbarn hinterherhinkt.** Ganze Regionen – gerade auch in Bayern – werden noch immer in weiten Teilen mit Diesellokomotiven bedient. Lärm und Abgase schädigen dabei nicht nur die Umwelt, der hohe Dieserverbrauch trägt auch zu hohen Spritpreisen bei.

Bereits im vergangenen Jahr haben wir den Bund dazu aufgerufen, den Investitionsrahmen aus dem Bundeshaushalt für Ausbau und Erhalt des Schienennetzes in den kommenden Jahren um mindestens 250 Millionen Euro jährlich zu erhöhen – so wie es die Vorgänger-Regierung bereits fest versprochen hatte. Allerdings hat die Ampel-Koalition die dringend auch für den Deutschlandtakt notwendigen Mittel in ihrer mittelfristigen Finanzplanung nicht mehr eingeplant. **Damit ist der im Koalitionsvertrag der Ampel vereinbarte Bahnausbau nicht möglich und wird Stand heute um Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte, verfehlt werden – wie sich am Oberleitungsbau nun deutlich zeigt.** Leidtragende sind Mensch und Umwelt. Wir fordern die Bundesregierung daher erneut auf, endlich nachzubessern und die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.«



## DAS WAR MEINE WOCHE

### VERFASSUNGSKONVENT HERRENCHIEMSEE

Vor genau 75 Jahren, am 10. August 1948, begann auf der Insel Herrenchiemsee eine Sternstunde der deutschen Demokratieggeschichte. Hier wurden die Weichen gestellt für den Aufbau der zweiten deutschen Demokratie. Um das alles auf



den Weg zu bringen, trat damals ein Verfassungskonvent zusammen, der die unglaubliche Leistung vollbrachte, in nur 14 Tagen einen noch heute gerühmten Entwurf für das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu erstellen. Es war für mich deshalb eine besondere Ehre, dass ich an diesem Festakt anlässlich des 75-jährigen Jubiläums teilnehmen durfte. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier fand in seiner Rede die passenden Worte: »Wir alle – jede Politikerin und jeder Politiker, aber eben auch jede Bürgerin und jeder Bürger – wir haben eine gemeinsame Verantwortung für unsere Demokratie. Wir müssen sie schützen«, so Steinmeier zum 75. Jahrestag des Verfassungskonvents in Herrenchiemsee. Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee ist unter den wichtigen Momenten in der Geschichte der deutschen Demokratie wohl einer der unbekanntesten. Dabei ist er einer der bedeutendsten.«





## SCHÜTZEN DURCH NÜTZEN! – ALLGÄUER HOLZTAG 2023 IN KEMPTEN MIT WIRTSCHAFTSMINISTER HUBERT AIWANGER

Der Wald spielt eine entscheidende Rolle im Kampf gegen den Klimawandel. Wie kann regionales Holz zum Klimaschutz im Allgäu beitragen? Das war ein Thema beim Allgäuer Holztag, der in dieser Woche im Colosseum Center in Kempten stattfand. Im Rahmen seines Besuches in Kempten hatte es sich der bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger nicht nehmen lassen, vor dem Rundgang über die Allgäuer Festwoche beim Allgäuer Holztag deutlich zu machen, welche wichtige Rolle unser Wald im Bemühen um den Erhalt einer lebenswerten Umwelt spielt. Gerade auch dabei, Gas und Heizöl zu ersetzen. Gerade die Kommunen in Bayern hätten hier Potential, wenn sie sich beispielsweise für eine Hackschnitzelheizung entscheiden. Es betonte zudem, dass es wichtig sei, die Wälder im Einklang mit der Natur zu bewirtschaften. Man brauche kein schlechtes Gewissen zu haben, wenn man fossile Energien durch den nachwachsenden Rohstoff Holz ersetzen möchte. Im Gegenteil sei eine emotionslose Nutzung des Holzes ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Ich kann dem nur beipflichten. **Wald nützen heißt Klima schützen.** Holz ist einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren für eine Transformation der Gesellschaft in die Nach-Fossil-Ära, denn der natürliche Rohstoff steht unbegrenzt in der Region zur Verfügung und wächst permanent nach. In Bayern wächst sogar jedes Jahr deutlich mehr Wald nach als wir überhaupt nutzen können. Der Holzbau mit seiner hocheffizienten und intelligenten Kombination der stofflichen und energetischen Verwendung sollte ein Bestandteil für die Erreichung der von unseren Landkreisen formulierten Energie- und Klimaschutzziele werden.

## WIRTSCHAFTSMINISTER AIWANGER – RUNDGANG ALLGÄUER FESTWOCHE | HANDWERKERZELT

Zusammen mit dem bayerischen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger habe ich in dieser Woche die Allgäuer



Festwoche besucht, um mit den Ausstellern aus unserer Region und den Besuchern ins Gespräch zu kommen. Highlight es Rundgangs war der Besuch in der Halle 7 der Kreishandwerkerschaft Kempten. »Ohne Handwerk – keine Energiewende!«, so lautet dieses Jahr das Motto, unter dem sich die fünf Innungen der Kreishandwerkerschaft Kempten präsentieren. Aiwanger machte vor Ort deutlich, dass das Handwerk das Rückgrat unserer Gesellschaft sei. Dem kann ich nur beipflichten. Das Handwerk stabilisiert Wirtschaft und Gesellschaft und braucht wieder mehr politische Aufmerksamkeit. Es ist nicht selbstverständlich, dass diese Betriebe, die meist in Familienhand sind, weitergeführt werden. Wir Freie Wähler haben in dieser Legislatur den Meisterbonus auf 3.000 Euro erhöht und darüber hinaus den Tag des Handwerks an weiterführenden Schulen eingeführt. Schülerinnen und Schüler sollen durch deutlich mehr Praktika an handwerkliche Berufe herangeführt und ihnen ein Einblick in diese zukunftssträchtige Branche gegeben werden. Die tragende Rolle der rund eine Million Handwerksbetriebe in Deutschland mit über fünf Millionen Beschäftigten für das Funktionieren unserer Wirtschaft kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

## FÖRDERUNG VON ZWEI WASSERSTOFFTANKSTELLEN IM ALLGÄU ANGESCHOBEN!

Im Rahmen des Besuchs von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger auf der Allgäuer Festwoche 2023 haben wir auch zwei Förderurkunden vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie für Wasserstofftankstellen übergeben, die am Allgäu Airport und für den Busverkehr im Landkreis Lindau entstehen werden.

Green Airport Memmingen heißt das übergeordnete Projekt mit dem ehrgeizigen Ziel, den Allgäu Airport bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu betreiben. Die Wasserstofftankstelle am Flughafen, die auch den emissionsfreien Betrieb der Flughafen-eigenen Fahrzeugflotte ermöglichen wird, ist ein wichtiger Baustein dazu. Der Allgäu Airport hat sich zu einem der wichtigsten Verkehrsknotenpunkte in Bayern und zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor im Allgäu entwickelt. Die Airport Energie Management GmbH tut dabei alles, um mit dem Flughafen eine Vorreiterrolle in Sachen Klimaneutralität von der Wärmeversorgung bis zu klimaneutralen Treibstoffen zu sichern.

Auch die All Hydro GmbH Lindenberg ist auf diesem Weg mit Nachdruck innovativ unterwegs. Der Busunternehmer Klaus Burkhard aus Lindenberg will den gesamten Linienbusverkehr im Landkreis Lindau schnellstmöglich klimaneutral gestalten und dazu nicht nur Wasserstoff tanken, sondern auch grünen Wasserstoff selbst produzieren. Und er hat weitere Ideen für den ganzen Landkreis Lindau... **Ein hervorragendes Beispiel für die Innovationskraft unseres heimischen Mittelstandes.** Die Wasserstofftankstelle in Lindenberg wird den Weg zum klimaneutralen ÖPNV maßgeblich beschleunigen. Erneuerbarer Wasserstoff wird ein elementarer Baustein bei der Dekarbonisierung des Verkehrssektors sein und ist für die Energiewende unabdingbar.

Auch für die Förderung von zwei weiteren Wasserstofftankstellen in Kempten und Memmingen habe ich mich zuvor eingesetzt. So werden nun Allgäuer Unternehmen auf ihrem Weg zur Klimaneutralität mit insgesamt vier Wasserstofftankstellen und einer **Gesamtfördersumme von über 7 Mio. €** unterstützt, die dem Allgäu zu einer Vorreiterrolle auch in diesem wichtigen Baustein der Energiewende verhelfen. Ich

freue mich sehr, dass ich durch meinen Einsatz dazu beitragen konnte, dass die Energiewende hier bei uns im Allgäu schneller und innovativer vorangetrieben wird als anderswo. Wo andere nur reden, packen wir Freie Wähler an. Mit den hohen Fördersummen werden die und die unterstützt.



## WALDBEGEHUNG/ALLGÄUHLIZ MARKENVERBAND

In dieser Woche habe ich zusammen mit der Europaabgeordneten Ulrike Müller die Allgäuer Waldeigentümer vor Ort besucht und wir haben gemeinsam einen Waldbegang bei Weitnau gemacht. Eines ist hier klar geworden. Unsere Waldbauern sind immer schon Naturschützer gewesen und arbeiten seit jeher nachhaltig.

### Die Grotteske der Woche

Gesundheitsminister Lauterbach weiß um die Gefährlichkeit von Cannabis. Daher sein Credo: »Wir sind uns als Ampel-Regierung absolut einig, dass eine dramatische Stärkung der Suchtprävention gerade im Bereich Kinder und Jugendliche notwendig ist.« Im Bundeshaushalt 2024 sind allerdings für Drogenprävention 30% weniger vorgesehen als in 2023!

Legalisierung heute – Prävention vielleicht später? Das ist ungefähr so, wie wenn der Bademeister sagt: »Der Sprungturm ist ab sofort freigegeben. Das Wasser ins Becken lasse ich vielleicht morgen ein...«

## IMPRESSUM

Alexander Hold (v.i.S.d.P.)      Telefon 0831 9909 3001  
Salzstraße 12                      alexander.hold@fw-landtag.de  
87435 Kempten                      www.alexander-hold.de